Zeitschrift: Wasser- und Energiewirtschaft = Cours d'eau et énergie
Herausgeber: Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband
Band: 40 (1948)
Heft: (1)

Artikel: Die Elektrizitätswirtschaft der Schweiz
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-921595

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Januar No. 1 1948

Schweizer Elektro-Rundschau Chronique suisse de l'électricité

Mitteilungsblatt der «Elektrowirtschaft», Schweiz. Gesellschaft für Elektrizitätsverwertung - Beilage zur «Wasser- und Energiewirtschaft» - Redaktion: Bahnhofplatz 9, Zürich 1, Telephon 27 03 55 - Briefadresse: Postfach Zürich 23

Die Elektrizitätswirtschaft der Schweiz

Eine aktuelle Diskussion

Im folgenden möchten wir eine Diskussion in ihren wesentlichen Teilen wiedergeben, die am 23. Januar 1948 um 20.15 Uhr aus dem Studio Zürich über Beromünster gesendet wurde. An der Aussprache, die unter der Leitung von Dr. S. Bächli stand, beteiligten sich:

Ständerat Dr. Klöti
Dir. Frymann, Präsident des VSE
Regierungsrat Liesch
Dr. Steiner, Vizepräsident des EKV
Dir. Dumur, EOS.

Der Text ist eine möglichst getreuliche Übertragung der schweizerdeutschen Rede ins Schriftdeutsche. Das erklärt den etwas ungewohnten Stil, der immerhin etwas von der Unmittelbarkeit des gesprochenen Wortes behalten hat.

Die Redaktion

Nach einer Einführung durch *Bächli* eröffnet *Frymann* die Diskussion. Er gibt eine Übersicht über die Gründe, die zur heutigen Lage geführt haben, um dann auf die Schwierigkeiten in den Konzessionserteilungen hinzuweisen.

Zu diesem Problem ergreift *Liesch* das Wort: «Wir haben bekanntlich im Kanton Graubünden sehr vielseitige Ausbaumöglichkeiten. Das kommt von der natürlichen Lage unseres Kantons, der ja eine durchschnittliche Meereshöhe hat, die viel grösser ist als in andern Kantonen unseres Schweizerlandes. Dann macht der Kanton einen Sechstel der ganzen Schweiz aus, und hat infolgedessen auch grosse Möglichkeiten für die Akkumulierung von Wasser, er hat günstige Abflussverhältnisse und grosse Gletscher, die ebenfalls beitragen für die Energieerzeugung und die Wasserführung. So ist es selbstverständlich, dass wir in Graubünden eine grosse Reihe von Ausbaumöglichkeiten haben, die leider noch nicht ausgenützt sind. Der Kanton Graubünden ist durchaus bauwillig, und er würde sich freuen, wenn seine verschiedenen Kraftwerke in nächster Zeit ausgebaut werden könnten. Aber wie Sie wissen, haben wir in Graubünden auch Schwierigkeiten in bezug auf die Konzessionserteilungen. So haben wir die Konzession Rheinwald ablehnen müssen, aus rechtlichen Gründen. Es ist auch in bezug auf die Konzession der Greina mit Schwierigkeiten zu rechnen, weil hier auf der einen Seite der Kanton Tessin das Wasser ausnützen möchte und auf der andern Seite der Kanton Graubünden nach reichlicher Überlegung zum Schluss gekommen ist, dass er ein grosses Speicherbecken im Vorderrheingebiet haben muss, wenn nicht der ganze Vorderrhein entwertet werden soll. Aber wir haben daneben noch eine ganze Reihe von Ausbaumöglichkeiten, die keine Widerstände bringen. So kann man die Albigna im Bergell bauen. Dort besteht bereits die fertige Konzession. Es ist im Hinterrheintal ein grosses Unternehmen möglich, im Valle di Lei, mit einem Stausee an Stelle vom Rheinwald. Allerdings ist dieses Staubecken auf italienischem Boden, aber es scheint, dass Italien bereit ist, mit uns, mit der Schweiz zusammen, dieses Unternehmen zu bauen.»

Bächli: «Darf ich hier unterbrechen und auch die andern Herren bitten, an diesem Gespräch teilzunehmen? Wir würden also noch länger über diese Konzessionsfragen reden, denn es scheint mir, dass sich da ein gewisser Gegensatz gezeigt hat. Auf der einen Seite haben Sie, Herr Regierungsrat, gesagt, dass im Kanton Graubünden die Bauwilligkeit durchaus da ist. Auf der andern Seite hat Herr Präsident Frymann festgehalten, dass Schwierigkeiten in der Konzessionserteilung vorhanden sind. Wenn ich Sie bitten darf, Herr Steiner, wie betrachten Sie die Sache?»

Steiner: «Für uns Konsumenten ist die Hauptsache, wenn gebaut wird, wenn möglichst rasch gebaut wird, und wenn natürlich nicht gerade die teuersten Kraftwerke gebaut werden. Darum kommt es bei uns hauptsächlich darauf an, dass diejenigen Kraftwerke gebaut werden, für die fertige Projekte vorliegen, und die von den Fachleuten als die anerkannt bauwürdigsten Kraftwerke bezeichnet worden sind. Nun hat uns ja Herr Regierungsrat Liesch gesagt, dass der Kanton Graubünden bereit sei, zu bauen; nun haben wir aber doch gerade im Kanton Graubünden auf der ganzen Linie Widerstände. Wir haben von der Konsumentenseite aus gemeint, dass, nach der Ablehnung von Rheinwald, doch wenigstens Greina-Blenio (oder Greina Nord-Süd, wie es nach dem Vermittlungsvorschlag des Post- und Eisenbahndepartementes genannt wurde) in Angriff genommen werden könnte. Wir würden es ausserordentlich bedauern, wenn jetzt dort die Widerstände, auf die Herr Regierungsrat Liesch anspielte, es verhindern würden, dass das Werk noch dieses Jahr oder doch möglichst rasch in Angriff genommen werden könnte.»

Bächli: «Herr Klöti, wenn ich Sie bitten dürfte, dazu auch Stellung zu nehmen?»

Klöti: «Der Herr Regierungsrat hat gesagt, der Kanton Graubünden sei bauwillig. Wir glauben das gerne, aber die Tatsache ist die, dass man nirgends zu einem Schluss kommt. Ich als Politiker muss prüfen, ob die Gesetzgebung den Bedürfnissen entspricht, und ich komme zum Schluss, dass die heutige Gesetzgebung den Bedürfnissen nicht mehr gerecht zu werden vermag. Der Bau grosser Stauseen ist ein nationales Problem, es entspringt nationalen Bedürfnissen. Alle grossen Elektrizitätswerke brauchen Winterersatzenergie, und weil es eine eidgenössische Angelegenheit und ein eidgenössisches Bedürfnis ist, sollten letzten Endes auch die eidgenössischen Behörden, die berufen sind, die eidgenössischen Interessen zu wahren, die Möglichkeit haben, diesen eidgenössischen Interessen den Vorrang zu sichern gegenüber den lokalen, regionalen und kantonalen Interessen, natürlich unter möglichster Schonung der Interessen der Beteiligten. Zum Beispiel beim Rheinwald, einer rein innerkantonalen Angelegen-

heit, konnte der Bundesrat aus rechtlichen Gründen nicht eingreifen, auch wenn er gewollt hätte. Nachher kam Greina-Blenio, das deshalb sympathischer ist, weil man dort unkultiviertes Land in Anspruch nehmen muss. Zum grossen Bedauern weiter Volkskreise ist nun hier wieder ein grosser Streit entstanden zwischen zwei Kantonen. Der Bund darf einschreiten, wenn sich die Kantone bei interkantonalen Werken nicht einigen können. Aber hier haben die Juristen herausgefunden, dass es kein interkantonales Werk im Sinne der Wasserrechtsgesetzgebung sei. Das sei ein Fall, der nach völkerrechtlichen Prinzipien gelöst werden müsse. Es handelt sich darum, ob man Wasser von einem Stromgebiet ins andere Stromgebiet ableiten dürfe. Da ist nun die Situation so, dass, wenn man das Wasser vom Stausee nach Blenio, also in den Kanton Tessin ableiten könnte, ein konzentrierteres, um 600 Meter grösseres Gefälle ausgenützt werden könnte, als es beim Greina-Nord-Projekt möglich wäre. In solchen Fällen sollte letzten Endes der Bund entscheiden können. Im Wasserrechtsartikel steht, dass der Bund öffentliche Interessen wahren, dass er die rationelle Ausnützung der Wasserkräfte möglich machen solle. Aber die Vorbehalte zugunsten der Kantone sind so, dass er alles nur in sehr beschränktem Masse machen kann. Da bin ich der Ansicht, dass die Gesetzgebung sollte geändert werden können.»

Nachdem *Dumur* der föderalistischen Einstellung des Welschlandes Ausdruck gegeben hat, betont er, dass die EOS mit dem Kanton Wallis sehr gut zusammenarbeiten könne, und er fordert die Bündner auf, auch ihre Naturkräfte auszubauen.

Liesch antwortet: «Ich möchte nur kurz einige Gedanken, die bisher geäussert wurden, streifen. Was die Bauwilligkeit des Kantons Graubünden betrifft, so kann ich nur darauf hinweisen, dass wir noch nie in unserem Kanton eine so rege Bautätigkeit gehabt haben, wie es in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Es wird das etwas übersehen. Wir haben Kraftwerke im Bau im Vorderrhein, bei Tavanasa, in Pintrun und in Russein. Von der Stadt Zürich wird an der Julia eifrig gebaut, ferner bauen die Sernf-Niederenbach-Kraftwerke den Safienbach nach Rothenbrunnen aus. Die Stadt Chur baut Plessur, so dass also wirklich verschiedenes geht, und wir der Energienot einigermassen steuern können.»

Bächli: «Ja, Herr Frymann?»

Frymann: «Zu diesen Kraftwerkbauten, die jetzt im Bündnerland laufen, habe ich gerade etwas sagen wollen. Es ist sehr erfreulich, was jetzt gebaut wird, und man hat Mühe, den Zement und was es braucht, zusammen zu bekommen. Aber alle diese Werke geben Sommerenergie: die Julia, Plessur usw. haben alle doppelt so viel Sommer- als Winterenergie. Die Welschen machen ihre Sache besser, ich muss das zugestehen und wäre froh, wenn man das gleiche von uns sagen könnte. Sie bauen gegenwärtig Cleuson, gibt Winterenergie; sie beginnen nächstes Jahr oder haben schon jetzt mit dem Bau von Salanfe begonnen, das auch Winterenergie bringen wird; sie projektieren eifrig an der Grande-Dixence und man hofft, dass man diese auch nächstes Jahr anfangen kann. Das gäbe eine Entlastung, an der man Freude hätte.»

Bächli: «Ja, Herr Steiner?»

Steiner: «Das ist ja gerade der springende Punkt; immer wieder die Winterenergie. Anerkannt, die kleinen und mittleren Werke müssen unbedingt kommen. Wir brauchen keine zu grosse Konzentration. Aber was wir brauchen, das sind ein, zwei ganz grosse Winterenergie-Speicherbecken. Alle die mittleren und kleinen Werke, die NOK 40 000 kW kalorische Anlage und die kalorischen und thermischen Anlagen bei der Industrie — die man mehr unterstützen und nicht durch die Inlandtriebstoffzuschläge, wie sie Bern angeordnet hat, mit einem Aufschlag von 25 % belasten sollte —, muss man unbedingt unterstützen. Aber zwei grosse Speicherwerke, wie schon gesagt, müssen kommen, z. B. Greina-Blenio, wo alles bereit ist. Bitte Herr Liesch, sorgen Sie dafür, dass nun die Widerstände zwischen den Kantonen bereinigt werden und dass der Bundesrat endlich sprechen kann.»

Frymann: «Ja, meine Herren, eines habe ich ja angetönt, die Welschen machen halt vorwärts, und man hat dort den Eindruck, man komme irgendwo hin. Was das Valle di Lei als Ersatz für Hinterrhein betrifft, Sie wissen, dass man die Projektpläne von Sufers abwärts brauchen könnte. Man muss noch mit den Italienern verhandeln und sondieren, und das hat in Gottes Namen eine Verzögerung von zwei Jahren gegeben. Aber das gäbe ein gutes Werk, und es scheint, dass die Bündner einverstanden sind. Da könnte man ausnahmsweise einmal einig werden, das wäre ja mords schön.

Sie haben Albigna angetönt. Ich weiss nicht recht, warum dort nicht bauwillige Partner herantreten, aber ich habe gehört, es seien gewisse Bedingungen da. So habe man z. B. einem italienischen Ingenieur die Bauleitung schon zugesichert, obwohl das ganze Werk auf Schweizer Gebiet liegt, im weitern hätten die Italiener Vorzugsrechte für Energiebezug usw. Mir ist das nicht ganz klar, ich begreife aber, dass unter diesen Umständen auch Unternehmen, die Energie brauchen könnten, nicht dahintergehen.

Mit Bezug auf die Greina hört man immer, die Ausnützung auf die Nordseite sei gleich gross wie die auf die Südseite. Nein, das stimmt nicht. Von Reichenau bis zum Bodensee hat es keine Kraftwerke. Dieses Gefälle geht verloren. Vom Bodensee bis Schaffhausen ist auch nichts. Von Schaffhausen abwärts ist die Hälfte der Energie deutsch, weil der Rhein bekanntlich ein Grenzgewässer ist, so dass für die Schweiz beim Ausbau nach Norden sehr viel weniger bleibt als beim Ausbau nach Süden. Wieviel Kubikmeter Wasser würden wir überhaupt nach Süden ableiten? Ungefähr 50 Mio m^3. Das ist das, was an einem schönen Sommertag in zwölf Stunden bei Basel aus der Schweiz herausfliesst. Das ist also sicher nicht eine Wassermenge, von der man Aufsehen machen könnte, namentlich weil man das praktisch im Sommer wegnimmt.»

Bächli: «Herr Liesch, darf ich Sie vielleicht bitten, hier zu antworten?»

Liesch: «Die Sache ist natürlich schon nicht gerade so, wie sie Herr Direktor Frymann hier darstellt. Wenn wir eine richtige Wasserkraftnutzung im ganzen Schweizerland veranlassen wollen, so müssen wir das ganze Problem als solches ins Auge fassen. Sie wissen ja alle miteinander, dass, selbst wenn alle Kraftwerkbauten ausgeführt sind und speziell die von Herrn Dr. Steiner angeführten Speicherwerke, so haben wir noch lange nicht genug Energie, um unser Land zu versorgen. Wir müssen dann noch ungeheure Mengen Kohle und Öl importieren, um unseren ganzen Bedarf zu decken. Deshalb ist erste und oberste Forderung, dass wir auf lange Sicht unsere

Kraftwerke planen, und dass wir bei dieser Planung eine zweckmässige Ausnützung von allen Wasserkräften veranlassen. Wenn wir nun aber alles Wasser an der Greina nach Süden ableiten, dann wird der ganze Rhein — nicht nur der Vorderrhein — bis an die Kantonsgrenze entwertet, und dann werden Hunderte von Millionen von kWh verunmöglicht.»

Frymann: «Im Tessin erzeugen, anstatt im Bündnerland, das ist der ganze Unterschied.»

Steiner: «Darum Greina Nord-Süd, wo die Rechte des Kantons Graubünden gewahrt sind, und das gerade im Hinblick auf eine rationelle Ausnützung aller Wasserkräfte eine glänzende Disposition ist. Also, wir können ja nicht auf Details eingehen, aber es ist von den Experten anerkannt worden, dass das nun allen Wünschen des Kantons Graubünden entsprechen würde. Und was wichtig ist für uns Konsumenten: man kann sofort beginnen. Das kann niemand abstreiten.»

Bächli: «Ja, Herr Klöti?»

Klöti: «Ja, ich möchte nur Herrn Direktor Frymann unterstützen. Gesamtschweizerisch gesehen, besteht kein Zweifel, dass wenn wir das Gefälle nach Blenio ausnützen, eine grössere Kraftmenge für die Schweiz gerettet werden kann, als wenn wir es nach Norden ausnützen. Wenn man es nun teilt, die Hälfte nach Norden, die Hälfte nach Süden, ist der Nachteil um die Hälfte geringer, aber effektiv trotzdem da.

Herr Direktor Dumur hat vorhin angedeutet, die Welschen seien nicht für zentralistische Lösungen in bezug auf die gesetzlichen Regelungen, sie seien mehr Föderalisten und würden freiwillige Verständigungen vorziehen. Ich bin auch auf diesem Boden, weil eine Besserung der Gesetzgebung bei unseren föderalistischen Verhältnissen ziemlich schwer ist. Darum habe ich 1943 im Ständerat vorgeschlagen, man möchte doch die vielen Konsortien, die immer miteinander kämpfen — gerade Greina-Nord und Greina-Süd — in eine Gesamtgesellschaft zusammenfassen. Ich meine nicht eine bureaukratische, zentralistische Lösung, sondern etwas, das ganz ähnlich ist wie die EOS oder die NOK, eine gesamtschweizerische Gesellschaft, die den Strom zu Selbstkosten an die einzelnen grösseren Elektrizitätsunternehmungen abgeben würde und die die grossen Werke für die gesamte Schweiz erstellen würde. Das wäre ganz ähnlich wie das Etzelwerk für die NOK und die SBB, es wäre vor allem ähnlich wie bei der NOK die verschiedenen kantonalen Werke. Aber da hat man wieder Widerstand gemacht und gesagt, die Konsortien seien ja schon da und das gäbe nur Zeitverlust. Seither sind fünf Jahre vergangen, und damals hat man gesagt, es sei ein Zeitverlust von ein paar Monaten, der untragbar sei, und so sind diese Jahre verstrichen, und man hat noch nichts. Und es wird so weitergehen. Nach meinem Erachten wäre das ein Weg gewesen, den auch die Elektrizitätswerke hätten beschreiten dürfen.»

Bächli: «Ja, Herr Liesch?»

Liesch: «Ich möchte nur bezüglich diesem Konsortium Greina-Nord und demjenigen Greina-Süd erwähnen, dass da die Verhandlungen für eine Verständigung laufen, und dass sich sowohl das Konsortium Greina-Nord wie dasjenige Greina-Süd zu einer Verständigung bereit erklärt haben. Wir hoffen, dass das in absehbarer Zeit möglich wird, und dann könnte man mit dem Bau der Greina beginnen.»

Klöti: «Ja, und dann käme das Konsortium Grande-Dixence dazwischen! Es sollte halt für die ganze Schweiz so etwas wie eine Koordination bestehen.»

Frymann: «Ja, sehen Sie, mit dieser grossen Dachgesellschaft. Wir haben ja auch schon über das gesprochen, Herr Ständerat. Aber ich habe sagen gehört, es dürfte sehr schwierig sein. Ich bin mit Ihnen der Ansicht — Sie haben vorhin etwas gesagt wegen den Elektrizitätswerken —, nicht mancher Elektriker in der Schweiz, so wenig wie von andern Unternehmungen, bekommt später ‚Flügeli', wenn er in den Himmel kommt. Es sind auch Menschen, und die machen natürlich ihre Fehler, aber sie sind bestrebt, zu Energie zu kommen und ihre Pflicht zu erfüllen. Aber man fürchtet ehrlich, dass wenn man wieder eine grosse Gesellschaft aufzöge, die Schwierigkeiten damit eben nicht kleiner würden. Es ist so, meine Herren, wenn man jetzt die Konzession Vrin und Somvix ausnützen könnte, so könnte man diesen Sommer mit Greina-Süd anfangen, während für Greina-Nord eben noch keine fertigen Projekte vorliegen. Speziell bin ich sehr skeptisch bezüglich der vorderen Stufe bis nach Reichenau, wo man auf eine Strecke von 30 km ein Gefälle von 300 m hat. Ein Stollen ginge überdies zum Teil durch Bergsturzmaterial vom Flimser Bergsturz her, das wäre sicher nicht gut. Dort sind die Verhältnisse nicht abgeklärt. Aber Greina-Süd ginge, und, meine Herren, das lässt sich nicht umstürzen, für die Schweiz schaut energiemässig sehr viel heraus. Die Energie wird im Kanton Tessin anstatt in Graubünden erzeugt, aber die Wasserzinse müssen dorthin, wo das Wasser weggenommen wird, also in den Kanton Graubünden. Darüber sind wir einig, und wenn man das neueste Projekt ausführt, von Greina-Süd mit einer Pumpanlage gegen das Somvix hinunter, so würde ein schöner Teil von den Baukosten auf das Bündnerland entfallen. Ich habe den Eindruck, dass der Kanton Graubünden für diese Lösung nun doch die Hand bieten sollte ...»

Steiner: «... und der Bundesrat endlich sprechen.»

Bächli: «Ja, Herr Liesch, wenn Sie dazu noch etwas zu sagen hätten? Darf ich als Laie bitten, in der Diskussion nicht allzu speziell und etwas allgemeiner zu sein, wenn es möglich ist.»

Liesch: «Ja, aber ich möchte mich trotzdem zu den Äusserungen von Herrn Frymann aussprechen. Wenn er sagt, dass wir bis Reichenau ein kleines Gefälle haben und dass die Nordseite wahrscheinlich nicht so zweckmässig sei, so muss ich ihm entgegenhalten, dass hier vom Eidg. Amt für Wasserwirtschaft einlässliche Untersuchungen gemacht worden sind, und dass das Amt zum Schluss kam, dass eine Kombinationslösung an der Greina eigentlich das wäre, was dem Schweizerland am besten diente, und dass wir auf den untern Stufen am Rhein das herausholen könnten, was wir beim ersten Ausbau der Südseite mehr erzielen.»

Frymann: «Ist das eigentlich nicht mehr ein Vermittlungsvorschlag gewesen? Als sie sahen, dass man mit Greina-Süd allein nicht durchkommen würde, fanden sie, jetzt gebe man halt jedem etwas und machte einen Kompromissvorschlag. Das ist aber selten so gut wie ein sauberes ‚Geköch'. Ich glaube, den Vorschlag vom Amt muss man eben als Kompromissvorschlag beurteilen, aber nicht als bessere technische Lösung. Hoffentlich findet Ihr unter den Beteiligten wenigstens für das den Weg. Aber die Stufe bis nach Reichenau gibt keine billige Sache.

Herr Steiner hat aber darauf hingewiesen, dass es darauf ankomme, billige Energie zu erhalten.

Betrachten wir einmal ein grosses Schweizer Unternehmen, das 1,5 Mld kWh umsetzt. Die lösen einen Mittelpreis von 2,5 Rp., macht 37,5 Mio Fr. Es fehlen ihr etwa 500 Mio kWh. Wenn sie die zu 6 Rp. machen, weil die Baukosten gestiegen sind, macht das 30 Mio Fr. Legen sie die alte und die neue Energie zusammen, so ergibt sich eine Erhöhung der Energiepreise um 30 %. Nun, ich weiss nicht, Herr Dr. Steiner, sind Sie so 'schnitzig', diese 30 % zu bezahlen für die Industrie, oder was meint Ihre Frau daheim?»

Steiner: «Ich glaube, die Frauen haben da nicht einmal das ausschlaggebende Wort zu sprechen, aber unsere Industrie und das Gewerbe. Denn es weiss ja jedermann, dass der Grossteil der Kohlen, die da ersetzt werden müssen (und die man, wie Herr Liesch richtig sagte, nie ganz ersetzen kann) nur mit möglichst billiger Energie ersetzt werden kann. Wenn schon die Baukosten um so und so viel teurer sind — die Werke fangen jetzt schon an, auszurechnen, was das etwa für einen Aufschlag ergibt — und wenn man dann noch die zweitteuersten oder die drittbilligsten Kraftwerke ausbaut, anstatt die ganz billigen, so kämen wir doch noch in eine Situation hinein, die nicht nur unsere Elektrizitätswirtschaft, sondern auch unsere gesamte Energiewirtschaft über den Haufen werfen könnte. Damit kämen wir in eine Situation, wie wir sie noch nie gehabt haben, und das wollen wir denn doch nicht hoffen. Also, Herr Liesch, bitte machen Sie, dass wir Greina-Nord-Süd bauen können. Unterdessen hat man etwas, und wir Konsumenten wissen wenigstens, dass etwas kommt, wenn es dann auch noch immer drei, vier oder fünf Jahre dauert, bis die volle Erzeugung zur Verfügung steht. Dann kommt man vielleicht mit der Grande-Dixence, die bauen ja in Stufen in verschiedenen zeitlichen Abständen, was auch sehr begrüssenswert ist. Daneben kommen alle die kleineren und mittleren Werke und noch die Hilfskräfte von der Industrie, wo man mit kalorischer Wärmeausnützung noch sehr schöne Wirkungsgrade erreichen kann. Das muss man unterstützen. So käme man vielleicht — ich muss das doch noch sagen — ohne grosse weitere Gesetzgebung zu einem Ziel. Denn das ganze Malaise, wenn man überhaupt von einem Malaise sprechen kann, rührt ja nur davon her, dass wir zu wenig Strom haben. Wenn wir genügend Strom hätten, so wäre die ganze Geschichte im Butter.»

Frymann: «Wissen Sie überhaupt, wieviel es ausmacht, was man einschränken musste? In bezug auf das Ganze? Nach kWh sind es nämlich ganze 2 %.»

Steiner: «Ja, aber Ihr habt ein Bombenglück gehabt, ‚das es isch cho schiffe'.»

Frymann: «Ja nein, seit Anfang . . .»

Steiner (fällt Frymann ins Wort): «Wenn ich denke, was wir diesen Herbst durchgemacht haben bei allen Konsumenten, bei meinem ‚Konsumverein', beim Wirteverein, bei den vielen Gemeinden und bei allen Industrien, was man da Blut geschwitzt hat! Und dann hat es glücklicherweise am 11. November angefangen zu regnen, und alle sind glücklich gewesen. Da haben wir alle Gott gedankt.»

Frymann: «Ja, ja, und wir am meisten. Im gesamten sind aber die Einschränkungen 2 % von der gesamten Energieabgabe gewesen. Das ist sehr wenig, aber es kommt massiert zusammen, und das macht eben die Sache schwierig, das gibt grosse Eingriffe in die Fabrikation usw.

Energie müssen wir haben, und im Bündnerland hat es. Der Kanton will nun einfach auf seinem Boden ausnützen, und als die Alpen entstanden, hat das Schicksal offenbar auf die künftigen Kantonsgrenzen nicht Rücksicht genommen, sonst hätte man das vielleicht schon damals etwas regeln können. Die Wassernutzung ist eine Sache, die sich, wenn man wirtschaftlich disponieren will, unmöglich an die Kantonsgrenzen halten kann. Und das Bündnerland sollte hier Hand bieten.»

Bächli: «Bitte, Herr Liesch.»

Liesch: «Was die Ausnützung und die natürliche Alpenfaltung betrifft, ist nur zu sagen, dass wir die Wasserkräfte in ihrem natürlichen Abfluss ausnützen wollen. Das ist das Natürliche, und das Natürliche ist immer das Einfachste gewesen, und das Einfachste hat immer auf die längste Zeit gehalten. Wir wollen nichts anderes, als auf lange Sicht planen. Darum haben wir unsern grossen Ausbauplan aufgestellt. Wir können es nicht zugeben, dass man unsere grossen Wasserläufe auf ewige Zeiten entwertet. Wir haben den Beweis vom Amt für Wasserwirtschaft, dass zweckmässig und richtig genutzt werden kann, wenn unsere Projekte zur Ausführung gelangen.»

Frymann: «Ich kann Ihnen nur ein Beispiel nennen, wo man auch eine Wasserableitung gemacht hat. Das ist beim Etzelwerk, wo man von der Sihl in den Zürichsee leitet. Das hat ein gutes Werk gegeben, welches uns nun glänzende Dienste leistet. Das, was man im Bündnerland möchte, ist das gleiche in einem grösseren Maßstab. Ich gebe zu, es geht in den Tessin anstatt ins Bündnerland, aber die Produktion für die Schweiz aus der Lösung Süd ist wesentlich grösser als bei der andern. Um das herum kommt man nicht. Dann ist noch der Kompromissvorschlag, dem man auch zustimmen kann, wenn es sein muss.»

Liesch: «Der gibt die grösste Energiemenge . . .»

Steiner «Also machen wir das!»

Liesch: «. . . die grösste, und wir sind im Grundsatz ja bereit und einverstanden.»

Steiner: «Es ist sehr schön, dass wir das hören.»

Bächli: «Herr Dumur, dürfte ich Sie noch bitten, die Meinung vom Welschland zu diesen Problemen zu äussern?»

Dumur: «Ich habe mich eigentlich schon ausgesprochen. Im Welschland sind wir kräftig beim Bauen. Wir bauen Cleuson, die Installationen sind bereit, und im nächsten Sommer wird mit dem Aufbetonieren begonnen. Salanfe ist auch im Bau; und was Grande-Dixence anbetrifft, so kann man schon sagen, dass es sich um eine Kraftwerk im amerikanischen Maßstab handelt, wo alles mithelfen muss. Das kann man nicht nur dem Welschland überlassen. Wie Herr Dr. Steiner angedeutet hat, wird diese Anlage in Etappen projektiert, die, jede für sich, rentabel sind. Meiner Ansicht nach gibt das ein sehr schönes Projekt, das für die ganze Schweiz Bedeutung hat und bei dem man nicht rein föderalistisch denken kann. Wenn wir föderalistische Tendenzen verfolgen, so heisst das, dass wir die Gesetzgebung möglichst einfach wünschen. Wir wissen, dass man sonst nur in einen Papierkrieg hineingerät. Das wollen wir verhüten. In einem kleinen Kreis von Fachleuten kann man sich verständigen, aber je mehr Nicht-Fachleute mitzureden haben, um so schwieriger wird es,

zu einem Resultat zu gelangen. Auch zehn oder zwanzig können noch zu einem Verständnis gelangen, aber wenn die ganze Bundesversammlung, wo nicht jeder Fachmann ist, darüber abstimmen muss, ist das nicht möglich. Wir wünschen die Gesetzgebung also möglichst einfach, und die Konsortien oder Gesellschaften sollen die Ausführung an die Hand nehmen.»

Bächli: «Herr Klöti, was meinen Sie dazu?»

Klöti: «Ich habe da nicht mehr viel zu sagen. Ich habe schon betont, dass die Gesetzgebung den Bedürfnissen nicht mehr voll entspreche, dass man sie anpassen sollte, ohne Bureaukratie. Die Werke, die bis jetzt rationell und befriedigend gearbeitet haben — das ist hier zuzugestehen — sollen nicht mit einem Rapportsystem, wo über jede Einzelheit nach Bern rapportiert werden muss, belastet werden. Die gesamtschweizerischen Interessen erfordern aber gewisse Eingriffe in die kantonale Souveränität, aber es muss Gewähr geboten sein, dass die gesamtschweizerischen Interessen auch wirklich gewahrt werden und die Spekulation verunmöglicht wird. Deshalb habe ich diese grosse Gesellschaft vorgeschlagen, die den Strom an alle zum Selbstkostenpreis abgeben würde. Ich glaube, dass niemand dafür ist, einem doktrinären, zentralistischen Prinzip zuliebe eine Gesetzgebung auszubauen. Wir wollen nur das, was den praktischen Bedürfnissen entspricht und dem Wohl des Landes dienen wird.»

Bächli: «Ja, Herr Liesch.»

Liesch: «Es sind weite Kreise, die die Ansicht von Herrn Ständerat Klöti vertreten. Wir haben übrigens ein Spiegelbild davon in der Bundesversammlung gehabt, als es sich um die Revision des Wasserrechtsgesetzes handelte. Aber es hat auch ganz gewichtige Persönlichkeiten und Staatsmänner, die der Ansicht sind, dass wir auch ohne Gesetzesrevision zum Ziele kommen können. Ich gehöre auch zu denjenigen, die glauben, dass wir auf Grund des jetzigen Gesetzes unsere schweizerische Wasserwirtschafts- und Energiepolitik so gestalten können, dass sie dem ganzen Lande dient. Ich betrachte es als unnötig und überflüssig, jetzt eine Gesetzesrevision vorzunehmen. Was wir brauchen, das ist ein energischer und massiver Kraftwerkbau, insbesondere ein Bau von grossen Akkumulierwerken. Und ich hoffe, dass man sich im Schweizerland doch noch wird verständigen können ...»

Frymann: «Das hoffen wir schon lange, Herr Regierungsrat!»

Liesch: «... aber es müssen alle vernünftig sein dabei ...»

Frymann: «Auch das möchte ich unterstützen.»

Liesch: «... und man muss nicht Machtpolitik treiben wollen!»

Frymann: «Nein, nein. Aber wir sind jetzt vielleicht so weit, dass eine grosse Gesellschaft vielleicht bald zustande kommt, allerdings nicht ganz so, wie man es sich an gewissen Orten vorstellt. Beim Dixence-Werk sind nicht nur die technischen Belange ziemlich weit fortgeschritten, sondern auch die Frage der Beteiligung anderer Werke usw., und es ist daher sehr leicht möglich, dass die Gesellschaft, von der Herr Ständerat Klöti sich sehr viel verspricht, gar nicht mehr in so weitem Felde liegt, wenn auch in etwas anderer Form. Durch die EOS selber ist dort die ganze Westschweiz dabei und die grössten Unternehmen der deutschen Schweiz machen mit. Es ist möglich, dass dort diesen Frühling eine Einigung zustande kommt, so dass man dann eine sehr grosse Gesellschaft hat, die den Werkbau unmittelbar aufnehmen kann. Das möchte ich noch sagen: wenn man dann einmal ein grosses Werk beginnt, so darf man dann nicht überall mit dem Bau anfangen, damit die Arbeitskräfte und die Lieferungen nicht so zersplittert werden, dass die Fertigstellung des ersten Werkes dadurch ein bis zwei Jahre hinausgezögert wird, weil zuviel miteinander angefangen wurde. Wenn man jetzt ein grosses Werk bauen kann, dann muss man sich darauf konzentrieren, denn nebenher läuft der Ausbau der Oberhasliwerke, der im letzten Sommer begonnen worden ist, und der sehr intensiv gefördert wird; wenn wir dann noch Wildegg-Brugg haben, und sagen wir, noch ein Gross-Speicherwerk dazu, dann ist das Bauvolumen, das gegenwärtig möglich ist, erschöpft. Dann muss man das andere zurückstellen, im Interesse der Fertigstellung von dem, was man begonnen hat. Das ist dann ausserordentlich wichtig. Ich sehe halt, dass sich der Kanton Graubünden vielleicht, wenn er allzu stark auf der Nutzung innerhalb seines Kantonsgebietes beharrt, in eine etwas ungünstige Situation setzt. Das ist nicht Machtpolitik, Sie haben von Dr. Steiner gehört, dass es heute dringend notwendig ist, nur die billigsten Werke — soweit überhaupt von billigen Werken die Rede sein kann — ausgebaut werden dürfen und nicht irgendeines. Man ist auf vernünftige wirtschaftliche Bedingungen angewiesen, denn schlussendlich muss das Schweizervolk alles bezahlen.»

L'électricité au 28e Comptoir suisse

Si les stands d'électricté du 28e Comptoir suisse ne présentaient pas cette année de nouveautés sensationnelles, ils ont néanmoins attiré les nombreux visiteurs et visiteuses qui s'intéressent aux applications électroménagères. Il est vrai que les fabricants de matériel électrique sont si surchargés de commandes qu'ils n'éprouvent plus la possibilité de se livrer à des recherches et à des perfectionnements nécessitant une main-d'œuvre et des matières premières dont on peut faire aujourd'hui un meilleur emploi. Il faut d'ailleurs reconnaître que le matériel électrodomestique suisse est maintenant d'une telle qualité que des amélioriations ne pourraient porter que sur les points de détail, et l'on ne saurait en vouloir à nos fabricants de chercher tout d'abord à donner satisfaction à leur clientèle en réduisant au minimum des retards de livraison inévitables. Les demandes sont considérables et tout doit être subordonné à une exécution aussi prompte que possible.

Seul, ou à peu près, le stand de l'Office d'électricité de la Suisse romande, OFEL, avait fait «peau neuve» en s'inspirant des grandes lignes thématiques qui caractérisaient le pavillon de l'électricité de l'Exposition nationale de 1939. Les quelques appareils exposés étaient accompagnés d'une carte luminescente des réseaux romands, carte exécutée avec beaucoup d'adresse et de goût par M. Jean Cuénoud, technicien au Service de l'électricité de Lausanne. Une autre carte de vastes dimensions, analogue à celle publiée par les réseaux dans «L'Electricité pour